

# RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic, Mag. Heuras, Mag. Leichtfried, Sulzberger, Schuster, Dr. Krismer-Huber, Weiderbauer, Mag. Fasan, gemäß § 60 LGO 2001

zum Verhandlungsgegenstand , Ltg. – 28/V-6  
Voranschlag 2009 des Landes Niederösterreich, Gruppe 1

**betreffend „Austritt Österreichs aus EURATOM“**

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 18.06.2008  
Ltg. -28/V-6/11-2008  
— Ausschuss

## Begründung

Der EURATOM-Vertrag bewirkt, dass jährlich 40 Mio. Euro aus Österreich in die Atomenergie fließen. Die Atomenergie wäre nicht wettbewerbsfähig, wenn es Fördermittel nicht gäbe. Atomkraftwerke überschwemmen nach wie vor den Markt mit billigem Strom, der unter anderem als Pumpstrom für Speicherkraftwerke verwendet wird. Das Risiko allerdings trägt die Öffentlichkeit, weil Atomkraftwerke nicht versichert sind. Das gilt auch für die Entsorgung, die europaweit noch immer ungeklärt ist. Das führt zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung für erneuerbare Energien und Technologien. Das europäische Parlament hat nach wie vor keine Mitentscheidungsmöglichkeit bei der Finanzierung von Atomkraftwerken durch die EURATOM-Milliardenkredite.

Univ.-Prof. Michael Geistlinger hat den wichtigen Hinweis geliefert, dass es "Kraft des Völkergewohnheitsrechts, das durch Art. 56 der Wiener Vertragskonvention (WKV) kodifiziert wurde" möglich ist, aus dem EURATOM-Vertrag auszusteigen ohne die EU-Mitgliedschaft in Frage zu stellen.

Atomenergie und alle damit verbundenen ungelösten Probleme, wie z.B. die Entsorgung radioaktiven Abfalls sind kein taugliches Mittel für eine nachhaltige und glaubwürdige europäische Klimaschutzpolitik.

Auch der in Lissabon beschlossene Reformvertrag hat keine wesentliche Änderungen betreffend EURATOM gebracht.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Niederösterreichische Landtag spricht sich gegen die Atomenergie als taugliches Mittel für eine nachhaltige EU-Klimaschutzpolitik aus.
2. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern:
  - 2.1 eine grundlegende Überarbeitung des EURATOM-Vertrags binnen der nächsten zwei Jahre mit folgenden Zielen anzustreben:
    - Festlegung verbindlicher Sicherheitsstandards (Betrieb, Lagerung, Stilllegung, Abfallbehandlung)
    - keiner Erhöhung der Mittel für EURATOM zu zustimmen, sondern auf eine Senkung der Mittel hinzuarbeiten
    - eine Umschichtung der vorhandenen Mittel in Richtung Sicherheitsforschung zu erwirken;
  - 2.2 die reale Höhe und die detaillierte Mittelverwendung der österreichischen Beiträge zu ermitteln und über ihre Verwendung dem Niederösterreichischen Landtag bis 31. Dezember 2009 zu berichten;
  - 2.3 im Falle des Scheiterns einer grundlegenden Überarbeitung Ausstiegsszenarien zu prüfen und gegebenenfalls die Bereitschaft zum Ausstieg zu erklären.